

Sonderabgabe auf "Krankmacher"

„Allein der Einstieg würde schon ein Zeichen setzen“

Obwohl die gesundheitlichen Folgen von Zigaretten, Alkohol und zu viel Zucker das Gesundheitswesen jährlich mit Milliardenbeiträgen belasten, will sich daran kaum ein Politiker die Finger verbrennen: Sonderabgaben zur Refinanzierung dieser Belastungen kommen weder beim Wähler noch bei der Zigaretten- oder Alkoholindustrie gut an. Allerdings gingen die Überlegungen bislang auch meist in die falsche Richtung, ist Dr. Albrecht Kloepfer vom „iX – Institut für Gesundheitssystem-Entwicklung“ überzeugt – und präsentiert einen neuen Lösungsansatz.



Kloepfer: "Sinnvoller ist es, Unter-Solidargemeinschaften zu organisieren."
 © änd-archiv

Erst kürzlich hat eine Studie des Deutschen Krebsforschungszentrums (dkfz) über die finanziellen Folgen des Rauchens in Deutschland neues Feuer in die Debatte gebracht: Erstmals addierten die Wissenschaftler zu den unmittelbaren Krankheitskosten – etwa Medikamente, Arztbesuche, Klinikaufenthalte oder Pflegekosten – auch die indirekten Kosten des Rauchens: krankheitsbedingte Arbeitsunfähigkeit, Produktivitäts- und Beitragsausfälle. Das ernüchternde Resultat: Pro Jahr ergeben sich tabakbedingte Kosten für das Gesundheitssystem in Höhe von 25,41 Milliarden Euro.

Statt nach immer neuen Erhöhungen der Tabaksteuer zu rufen, sollte sich die Politik jedoch nun mit einem anderen Modell befassen, ist Institutsleiter Kloepfer überzeugt: „Höhere Steuern werden von den Bürgern in erster Linie als Bestrafung verstanden. Darüber hinaus landen die Steuereinnahmen irgendwo und stopfen Haushaltslöcher – sie helfen aber nicht, das sachbezogene Problem zu lösen. Das erschwert die Akzeptanz zusätzlich“, prophezeit Kloepfer. Sinnvoller sei es, „Unter-Solidargemeinschaften“ zu organisieren.

Der konkrete Vorschlag: Raucher zahlen eine Sonderabgabe auf jede Packung oder Zigarette, die direkt in den Gesundheitsfonds strömt und somit die vom Rauchen verursachten Kosten refinanziert. „Das ist nur auf den ersten Blick ein ungewöhnlicher Vorschlag. Bei der PKW-Maut diskutieren wir jedoch seit Monaten darüber und bei der LKW-Maut haben wir ein solches Modell schon umgesetzt: Die Nutzer tragen mit ihrer Abgabe die durch die Nutzung entstehenden Kosten selbst. Sie sind mit diesem Finanzierungsansatz dann untereinander wieder solidarisch, belasten jetzt aber nicht mehr den Teil die GKV-Solidargemeinschaft, der – beispielsweise – nicht raucht.“

Einen Eindruck, wie hoch eine solche „Zigaretten-Maut“ sein müsste, gibt die Untersuchung des Krebsforschungszentrums: Ausgehend vom Packungspreis von fünf Euro für 19 Markenzigaretten und den aktuellen Preisen für medizinische Dienstleistungen, müsste eine Zigarettenpackung insgesamt 7,80 Euro kosten, um die tabakverursachten Kosten zu kompensieren. Sollen auch die indirekten Kosten mitfinanziert werden, liegt die Packung bei 11,30 Euro.

Den Aufschrei zahlreicher Raucher sowie der Tabak-Lobby hält Kloepfer angesichts seines Vorschlages zwar für vorprogrammiert. Aber: „Es lässt sich nicht von der Hand weisen, dass die durch das Rauchen für die Allgemeinheit verursachten Kosten sehr hoch sind. Langfristig befürchte ich eine Überdehnung der Solidargemeinschaft in diesem Punkt. Daher muss es uns gelingen, die Kosten durch den Verbrauch direkt zu kompensieren.“ Außerdem, so Kloepfer, müsste ja ein solches Kompensationsmodell nicht unbedingt zu 100 Prozent umgesetzt werden: „Allein der Einstieg würde schon ein Zeichen setzen.“

Möglich seien solche Überlegungen zwar insbesondere bei Genussmitteln wie Tabak und Alkohol, bei denen sich die Folgekosten für das Gesundheitssystem aufgrund ausreichenden Studienmaterials einigermaßen scharf darstellen ließen. „Aber auch in Sachen gezuckerte Lebensmittel kann eine solche Debatte aufgenommen werden“, denkt Kloepfer. Nur komme es darauf an, dass die Politik den Mut entwickle, sich auch unbequemen Wahrheiten zu stellen und entsprechende gesellschaftliche Diskussionen anzustoßen. „Ich werde das Gespräch darüber auch mit Bundestagsabgeordneten der großen Volksparteien suche“, kündigte Kloepfer gegenüber dem änd an.

Einen Videobeitrag von Dr. Albrecht Kloepfer finden Sie [hier auf der Seite des Instituts](#).

08.10.2015 06:48:59, Autor: js, © änd Ärztenachrichtendienst Verlags-AG

Quelle: <https://www.aend.de/article/161644>